



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 08. Februar 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter mit dem versprochenen Update im Nachgang zur Plenarsitzung.

1. „Notruf der Krankenhäuser ernst nehmen – Rettungsschirm im Land einsetzen“

Die einbringende Fraktion DIE LINKE hat mit Nachdruck aufgezeigt, dass sowohl die finanzielle als auch die personelle Lage der Krankenhäuser im Land katastrophal sei. Es drohe eine Insolvenzelle – und das nicht erst in ein paar Monaten, sondern schon in ein paar Wochen. Das monatliche Defizit der Kliniken wird immer größer. Die Maßnahmen und Reformen, welche durch den Bund beschlossen wurden, reichen bei Weitem nicht aus, um hier wirklich zu helfen.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Grimm-Benne betont, dass ihr bewusst sei, dass die Krankenhäuser die zusätzlichen Kosten nicht ohne Weiteres auf Patientinnen und Patienten umlegen können. Jedoch brauche man für die Zukunft keine kurzfristigen Insellösungen, sondern eine grundlegende Veränderung des Finanzierungssystems. Die bisherige Vergütung der Krankenhäuser überwiegend über Fallpauschalen soll deutlich modifiziert werden. Es wurden bereits viele Maßnahmen durch Bund und Land ergriffen, ihr sei jedoch bewusst, dass diese die Aufwendungen und Verluste der Krankenhäuser nicht vollständig decken. Es bedarf einer strukturellen Umschichtung im Haushalt, welche bereits im Jahr 2024 umgesetzt werden soll.

Auch die Fraktion der FDP hat die Vielzahl der bereits ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Kliniken angesprochen. Auch die Weiterentwicklung des DRG-Systems sei ein wichtiger Schritt, welcher auf Bundesebene angekündigt wurde. Damit werde man langfristig für eine stabilere Finanzierung und Finanzlage der Krankenhäuser sorgen.

2. „Betreute Taubenschläge zur Reduzierung der Anzahl von Tauben und von Taubenkot im öffentlichen Raum ermöglichen“

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Abschaffung des Schädlings-Status der Taube. Dadurch wäre es möglich, Taubenschläge und -häuser einzurichten, in denen die Tauben artgerecht gefüttert werden und die Population durch Austausch der Eier kontrolliert werden könnte. Ein weiterer Vorteil wäre der wegfallende Taubenkot im öffentlichen Raum. Als Beispiel wurde die Stadt Augsburg genannt. Die dort lebenden Tauben bevorzugen ihren Taubenschlag und verbringen die meiste Zeit dort, sodass die Verschmutzung durch Taubenkot stark reduziert werden konnte. Außerdem wurde betont, dass die Gefahr der Übertragung von Krankheiten durch Tauben nicht höher sei als durch alle anderen Tiere auch.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Grimm-Brenne gesprochen. Auch sie ist der Meinung, dass die Stadttaube nicht als Gesundheitsschädling einzustufen ist. Eine Novellierung der entsprechenden Verordnung wird zeitnah erfolgen. Auch wird sie erörtern, wie bspw. Kommunen besser für dieses Thema sensibilisiert werden können.

Auch die Fraktion DIE LINKE unterstützt das Vorhaben der Taubenschläge und -häuser. Das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei richtig, dass man die Taubenpopulation anders – und vor allem artgerecht – regeln kann und muss. Problematisch sind jedoch die noch immer vorhandenen Vorurteile gegenüber Tauben als auch die Kosten. Die Taubenschläge müssen gebaut, das Futter angeschafft werden. Außerdem sind freiwillige Helfer nötig, die die Taubenschläge betreuen.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich federführend in den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung in den Umwelt- und in den Innenausschuss überwiesen.

3. „Jugendkriminalität in Sachsen-Anhalt bekämpfen!“

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt klar, dass das Problem im ganzen Land besteht. Perspektivlosigkeit sei jedoch nicht die Ursache, es gehe hierbei um Machtdemonstrationen. Das Problem ist kein einfaches Problem, es genüge nicht, die Symptome zu bekämpfen. Den Jugendlichen fehle es an klaren Strukturen. Schlussendlich wurden auch die Coronamaßnahmen als Ursache für psychische Auffälligkeiten und dementsprechend für die steigende Kriminalität genannt. Als mögliche Lösung wurde das Neuköllner Modell genannt. Die Strafe soll also kurzfristig auf die Tat folgen.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Zieschang betont, dass die Landespolizei Sachsen-Anhalts auch bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität eine hervorragende professionelle Arbeit leistet. In präventiver Hinsicht verfolgt die Polizei den Ansatz der Zusammenarbeit mit den Jugendberatungsstellen bei der Polizei, die mit tatverdächtigen Minderjährigen ins Gespräch kommen, um kriminelle Karrieren zu verhindern. Um Jugendkriminalität wirklich zu bekämpfen, braucht es mehr als Polizei und Justiz. Unter anderem braucht es ein ausreichendes Freizeit- und Betreuungsangebot mit qualifizierten Fachkräften in der pädagogischen Sozialarbeit.

Die Fraktion der CDU hat ausgeführt, dass das Thema der Jugendkriminalität nicht allein der Polizei angelastet werden kann. Alle Beteiligten müssen miteinander vernetzt werden. Im Hinblick auf das Neuköllner Modell seien zwar schnelle Verfahren wünschenswert, das setze aber voraus, dass die Sachlage einfach oder aufgrund klarer Beweislage dafür geeignet ist. Dem ist aber leider nicht immer so. Man könnte darüber diskutieren, welche Rahmenbedingungen zu ändern wären, um an dieser Stelle voranzukommen.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag federführend in den Ausschuss für Inneres und Sport sowie mitberatend in den Rechtsausschuss und Sozialausschuss überwiesen.

4. „Einsatzfähigkeit der Feuerwehren sichern! Feuerwehrführerschein einführen!“

Antragsteller ist auch hier die Fraktion der AfD. Die Kommunen stehen in der Pflicht, die Feuerwehren so auszustatten, dass diese jederzeit einsatzbereit sind. Allerdings ist hier die Grundvoraussetzung, dass die Kommunen vorab mit den entsprechenden Mitteln versorgt werden, um ihrer Pflicht auch nachzukommen. Die Fraktion der AfD wäre dafür, die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer vollständig an die Kommunen zweckgebunden auszureichen, um bspw. Feuerwehrführerscheine zu bezahlen. Die Einführung eines Feuerwehrführerscheins sowie die Förderung der Führerscheinklassen C und CE durch das Land sind hier unbedingt notwendig, um sicherzustellen, dass auch tagsüber genug Kameraden da sind, die das Einsatzfahrzeug fahren können.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Zieschang eingeführt, dass das Thema der Sonderfahrerlaubnisse für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren nicht neu sei. Bereits im Jahr 2012 wurde von der damaligen Landesregierung entschieden, davon keinen Gebrauch zu machen. Dies hat schlichtweg die Verkehrssicherheit als Ursache. Einsatzfahrten finden oftmals unter erschwerten Bedingungen statt (nachts, bei Sturmlagen, in der Regel unter Stress). Die Fahrer bei Einsatzfahrten mit Sonder- und Wegerechten sind also mindestens einem achtfach höheren Unfallrisiko ausgesetzt. Die Absage einer solchen Sonderfahrerlaubnis dient also vor allem dem Schutz der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren.

Die Fraktion DIE LINKE fordert mit ihrem Alternativantrag, von der gelebten Praxis in Sachsen-Anhalt nicht abzuweichen und darüber hinaus die Ausbildung für die Klasse CE auch landesseitig als Unterstützung für die Kommunen und für die Feuerwehren zu fordern. Sonderfahrerlaubnisse seien allein aufgrund des Sicherheitsaspekts nicht der richtige Weg.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde sowohl der Antrag der AfD-Fraktion als auch der Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

5. „Härtefallfonds gegen Energiesperren“

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE sieht im Hinblick auf die Energiearmut erheblichen Handlungsbedarf. Energie sei wie bspw. auch Wasser Teil der Daseinsvorsorge. Mit den stetig steigenden Energiepreisen verschärft sich die Situation immer weiter und weder die drei Entlastungspakete noch die Einführung des Bürgergeldes sowie die aktuellen Strom- und Gaspreisbremsen können dabei wirklich Abhilfe schaffen. Auch die Preisdeckel für Strom und Gas belasten eher die Menschen, die schon wenig verbraucht haben. Mit der Einrichtung eines Härtefallfonds in Höhe von 10 Millionen € sollen diejenigen unterstützt werden, denen unverschuldet Energiesperren drohen oder wenn diese bereits bestehen. Die Versorgung mit Strom und Wärme stelle eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben dar, weswegen aus Sicht der Fraktion DIE LINKE zwingend ein Verbot von Strom-, Heizungs- und Gassperren notwendig sei.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Grimm-Benne gesprochen. Sie hat die zahlreichen Maßnahmen angesprochen, welche bereits durch Bund und Land ergriffen wurden, damit Verbraucher und Verbraucherinnen nicht in eine solche Lage kommen. Die Überlegungen zum Härtefallfonds sind zudem noch nicht abgeschlossen. Es muss geschaut werden, dass man die Lücken füllt, die der Bund lässt. Um individuelle Hilfe leisten

zu können, brauche man aber in erster Linie auch die Kommunen und die Stadtwerke und all diejenigen, die sich darum kümmern.

Die Fraktion der CDU hat ausgeführt, wie viel vorab getan wird, ehe es überhaupt zu einer Sperrung kommt. Wenn dann aber trotz aller Bemühungen die Mitwirkung des Schuldners ausbleibt, bleibt dem Grundversorger überhaupt keine andere Möglichkeit mehr übrig, als zu sperren. Man könne nicht von der Gemeinschaft erwarten, bei fehlender Mitwirkung einzuspringen, denn genau das würde dieser Härtefallfonds bedeuten. Für diejenigen, die trotz aller Sparsamkeit nicht in der Lage dazu sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, gibt es Sozialämter, welche ebenfalls helfen. Außerdem haben die Grundversorger die Möglichkeit der Vorkassezähler. Damit kann der Schuldner seinen laufenden Bedarf decken und kann sich in Ruhe darüber Gedanken machen, wie er seine Schulden los wird.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die nächste Plenarsitzung findet am 23.02.2023 und 24.02.2023 statt. Ich melde mich, wie gewohnt, vorab bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL
Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben